

Dresdner Volkszeitung

Verlagskontor: Leipzig.
Raden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7 gezeigten Zeilen mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 120.

Dresden, Montag den 27. Mai 1918.

29. Jahrg.

Das Reichstagspräsidium.

Die schwere Erkrankung des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf ließ schon seit längerer Zeit damit rechnen, daß der 70jährige nicht wieder ins Amt zurückkehren werde, im Reichstage zu erscheinen. Am Sonnabend ist Dr. Kaempf aus dem Reichen der Lebenden geschieden.

Dr. Kaempf hat mit einer längeren und einer kürzeren Unterbrechung seit dem Jahre 1907 das hohe Ehrenamt des Reichstagspräsidenten innegehabt, er war der Kriegspräsident des Reichstags. Daß er so lange Zeit als Präsident der deutschen Volksvertretung gewaltet hat, ist aber, wie offen ausgesprochen werden muß, mehr auf die besonderen Verhältnisse im Parteienleben des Reichstags zurückzuführen als auf ganz hervorragende Eigenschaften für jenes Amt. Man erinnert sich der großen Schwierigkeiten bei der Bildung des Präsidiums nach den Reichstagswahlen von 1912. Die Sozialdemokratie hätte nach der Uebung des Reichstags, da sie die härteste Reaktion geworden war, den Präsidenten stellen können, und neben ihr hatte das Zentrum den zweiten Sitz zu beanspruchen. Nur ein Teil der bürgerlichen Parteien ist es gelungen, die Sozialdemokratie einen Vizepräsidenten zuzusetzen, und nach mancherlei Präzedenzfällen kam es schließlich dazu, daß die bürgerlichen Fraktionen im Präsidium gänzlich unvertreten blieben und die beiden liberalen Gruppen, obgleich sie insgesamt kaum 100 Abgeordnete umfaßten, das ganze Präsidium bildeten: Kaempf, Baasche, Dove.

Wie Dr. Kaempf sozusagen aus Hilfsweise den Präsidentenposten übernahm, so kann auch seine Amtstätigkeit durch die Reihe der Jahre hindurch nur als eine Art Ausschüßarbeit gedeutet werden. Hatte sich Dr. Kaempf in der Zeit nach 1907 allmählich als Schulmeister nach links und als Dienstbesessener gegenüber der Regierung gezeigt und dadurch manchen heftigen Zusammenstoß mit der Sozialdemokratie herbeigeführt, so hat er in der Kriegszeit sich bemüht, unparteiisch nach allen Seiten zu halten und die Geschäfte des Reichstags in guter Sachlichkeit zu führen. Er ist auch bei den Anträgen, mit denen er die Tagungsabstände einleitete und beendete, den Belangen der ordnungsmäßigen Arbeit gerecht geworden. Er hat sich durch fleißige Stetigkeit, mit der er trotz dem hohen Alter seines Amtes waltete, sicherlich auf allen Seiten Achtung und Dank erworben. Aber es kann auch nicht verschwiegen werden, daß seine Führung der Geschäfte recht farblos und nüchtern war. Er war nicht die eigenartige und eindrucksvolle Persönlichkeit, die dem Präsidentenamt den Glanz und politische Größe hätte geben können.

Der Reichstag steht jetzt vor der Frage, ob er nach dem Tode Dr. Kaempfs auch weiterhin mit einem Ausschüßpräsidium arbeiten oder ob er eine Neubildung des Präsidiums vornehmen will, die der Zusammenlegung des Hauses wirklich entspricht. Im letzteren Falle kämen Zentrum und Sozialdemokratie für den Präsidenten- und ersten Vizepräsidentenposten in Betracht. Die sozialdemokratische Fraktion dürfte nach unserer Auffassung keinen Anlaß haben, auf den ihr zukommenden Anspruch auf Vertretung im Präsidium Verzicht zu leisten. Wir brauchen die Bedeutung eines solchen Postens keineswegs zu überschätzen, wir haben aber auch keinen Grund, warum wir uns der verantwortlichen Mitarbeit auch an dieser Stelle entziehen dürften. Daß das Reichstagspräsidium einmal in die Lage kommt, mit dem Kaiser zusammenzutreffen, kann gewiß kein Hindernisgrund sein; dürfte es doch vielmehr wohl angebracht sein, wenn Vertreter der Demokratie stets Gelegenheit haben, dem Staatsoberhaupt die Auffassungen des Volkes ungeschönt zum Ausdruck zu bringen.

Nach einer Mitteilung der Volk. Zig. soll in Reichstagskreisen daran gedacht werden, die beiden bisherigen Vizepräsidenten Baasche (natl.) und Dove (fortschritt. Volksp.) an ihren Stellen zu belassen, so daß in Zukunft das Präsidium sich aus vier Mitgliedern zusammensetzen würde.

Der Reichstagskanzler hat, wie die Nordd. Allg. Zig. mitteilt, an das Reichstagspräsidium folgendes Telegramm gerichtet: Dem Reichstage spreche ich aus dem Namen der Reichsleitung das aufrichtige Beileid anlässlich des Hinscheidens Ihres hochverehrten langjährigen Präsidenten aus. Es war ihm vergönnt, in großer Weise dem Vaterlande Dienste zu leisten, die ihm einen ehrenvollen Platz in der Geschichte des Deutschen Reichstags sichern werden.

Am Tag der Beerdigung des verstorbenen Reichstagspräsidenten hat Reichstagskanzler Baasche und der zweite Vizepräsident des Reichstags, Dove, Beileidsbesuche ab. Im Hause sind aus dem Reich und aus Berlin unzählige Telegramme und Beileidskundgebungen sowie Blumenpenden eingetroffen. Der Tag der Beerdigung steht noch nicht fest. Die Leiche des Präsidenten wird wahrscheinlich im Reichstage aufgebahrt werden.

Dr. Johannes Kaempf wurde am 18. Februar 1849 als Sohn eines Schmiedemeisters in Franzenhagen geboren. Er kam als Schüler nach Berlin, erlernte das Kaufmannsamt und trat 1871 an die Spitze der Berliner Filiale der Kaufmannschaft. Er entfaltete seine in den Kreisen der kaufmannschaftlichen Vertretung in der kommunalen Politik Berlins eine langjährige, eifrige Tätigkeit.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wib. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 27. Mai 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Metzern wurden bei erfolgreicher Unternehmung Engländer gefangen.

Die Artillerietätigkeit lebte an den Kampfzonen erst in den Nachmittagsstunden auf. Die feindliche Artillerie war vor allem im Rummelgebiet, auf dem Nordufer der Lys, zwischen Arras und Albert und auf dem Westufer der Aisne tätig. Die Erdungstätigkeit blieb reger.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

feit. Er wurde Vorkämpfer der Ältesten der Kaufmannschaft und seit 1905 Präsident des Deutschen Handelsrates.

In die Politik ist Kaempf erst spät eingetreten. Er kandidierte zum ersten Male im Jahre 1903 für die Fortschrittliche Volkspartei in Berlin I und gewann mit 400 Stimmen Mehrheit das Mandat gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Kronk. Im Reichstag trat er vornehmlich nicht sehr häufig hervor, er sprach einige Male zu Handels- und Verkehrsfragen. Bei den Wahlen von 1907 wurde er wiedergewählt, 1912 nur mit einer Mehrheit von neun Stimmen. Die Wahl wurde angefochten, und da die Wahlprüfungskommission vorwiegend die Ungültigkeit des Mandats ausgesprochen hätte, legte Kaempf das Mandat nieder. Er wurde am 5. November 1912 mit einer Mehrheit von 800 Stimmen wiedergewählt; die demokratische Gruppe hatte diesmal zu seinen Gunsten Stimmenthaltung proklamiert.

In Anbetracht der jetzigen Kriegsverhältnisse dürfte bei der erforderlichen Verbesse rung des Mandats der Fortschrittlichen Volkspartei überlassen bleiben.

43500 Tonnen versenkt.

Berlin, 26. Mai. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Sperrgebiet um Italien, fünf Dampfer von zusammen etwa 27 000 Brutto-Register-Tonnen.

Darunter versenkte das von Kapitänleutnant Prinz Heinrich XXXVII. von Reuß geführte U-Boot drei wertvolle große Dampfer von zusammen rund 19 000 Brutto-Register-Tonnen. Unter ihnen den französischen Truppentransporter St. Anna (9354 Brutto-Register-Tonnen).

Im Anschluss an die am 6. d. M. veröffentlichten Erfolge eines U-Bootskreuzers im Sperrgebiet um die Azoren ist nachträglich festzustellen, daß ein von dem aus großem geschützten Geleitzuge auf dem Wege Gibraltar-England durch Torpedos versenkter Dampfer, der auf etwa 4500 Brutto-Register-Tonnen geschätzt wurde, inzwischen als der englische Truppentransportdampfer Nirpura von 7540 Brutto-Register-Tonnen mit einer englischen Kavallerieabteilung an Bord ermittelt worden ist.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 25. Mai. (Amtlich.) U-Boots-Erfolge auf dem Nordsee-Kriegsschauplatz. Nach neu eingegangenen Meldungen unserer U-Boote 16 500 Brutto-Register-Tonnen.

Ein tiefbeladener Frachtdampfer von mindestens 6000 Brutto-Register-Tonnen wurde aus harter Sicherheit, ein anderer großer Dampfer aus geschütztem Geleitzuge herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein deutsches U-Boot versenkt.

London, 26. Mai. Die Admiralität teilt mit: Eines unserer atlantischen Geleit-Unterseeboote berichtet nach der Rückkehr in seinen Stützpunkt: Am 11. Mai sichtete es auf der Höhe vom Kap St. Vincent, während es auf einen Geleitzug wartete, ein deutsches Unterseeboot vom sogenannten Kreuzer- Typ und versenkte es. Da zur Zeit schwerer Seegang war, gab es keine Ueberlebende. Auch darauf wurde ein anderes feindliches Unterseeboot gesichtet, aber da es eiligst tauchte, entkam es dem Schicksal seines Geleitern. Anlässlich der Tatsache, daß es der erste Unterseeboote ist, der zerstört worden ist, wurde beschlossen, von der üblichen Regel, die Zer-

störung einzelner feindlicher Unterseeboote nicht zu melden, abzugehen.

(Zusatz: Da über eines unserer westlich Gibraltar operierenden U-Boote seit längerer Zeit keine Nachrichten vorliegen, muß mit seinem Verlust auf die englischerseits gemeldete Weise gerechnet werden.)

Ein Hilfskreuzer torpediert.

London, 25. Mai. Das Neuteriede Bureau meldet amtlich: Der bewaffnete Hilfskreuzer Moldavia, 9500 Tonnen, ist am 23. Mai früh torpediert worden und dann gesunken. Keine Menschenverluste unter der Mannschaft. Doch werden 56 amerikanische Soldaten vermisst. Es ist zu befürchten, daß sie durch die Explosion getötet worden sind.

Notte an Kühlmann.

Wie der Berliner Korrespondent des Neuen Wiener Journals, Dr. Friedberg, erzählt, hat der russische Botschafter in Berlin, Joffe, am gestrigen Sonntag dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. v. Kühlmann, folgende Note überreicht:

Herr Staatssekretär! Indem ich den Empfang der Note von Czernig und der ihr beigefügten Anlagen bestätige, die die Erklärungen der estnischen und litauischen Mitterschaft über die Unabhängigkeit Estlands und Litlands enthalten, beehre ich mich, Ew. Excellenz mitzutheilen, daß ich nicht in der Lage war, von den bei mir erschienenen drei Vertretern der estnischen und litauischen Mitterschaft das Schriftstück anzunehmen, das beanspruchte, eine Unabhängigkeitserklärung Estlands und Litlands darzustellen, da ich vermeiden mußte, daß seine Entgegennahme als eine Anerkennung einer solchen Unabhängigkeit durch die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik angesehen werden könnte. Indessen beehre ich mich, schon in meiner Note Nr. 6 vom 24. April in voller Uebereinstimmung mit dem Dresdener Friedensvertrag im Namen meiner Regierung

entschiedenen Einspruch

dagegen zu erheben, daß eine Entscheidung über das Schicksal Estlands und Litlands auf irgendwelchem Wege ohne ein vorhergehendes Einvernehmen mit der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen Republik angebahnt werden solle. Daran habe ich den Hinweis geknüpft, daß meine Regierung, die jedem Volke das uneingeschränkte Recht zur freien Selbstbestimmung zuerkennt, niemals die Entscheidung einer kleinen Gruppe von Personen als eine Willensäußerung des ganzen Volkes anerkennen würde. Das von mir in dieser Note Auseinandergesetzte kann ich jetzt nur dahin ergänzen, daß die Vertreter der estnischen und litauischen Mitterschaft, die mir das Schriftstück unterbreitet haben, durchaus nicht das Recht geltend machen konnten, im Namen des ganzen estnischen und litauischen Volkes zu sprechen, was im im Nachstehenden mit einigen Gründen belegt.

Erstens: Haben sogar einige Mitglieder der estnischen-litauischen Delegation, die sich nach Berlin begab, die formelle Erklärung abgegeben, daß sie sich nicht für berechtigt halten, im Namen ihres Volkes zu sprechen, da sie von niemand erwähnt, vielmehr von den Behörden (gemeint sind die deutschen Behörden, Red. d. Volk. Zig.) ernannt worden seien.

Zweitens: Aus der Gesamtzahl von 21 Gemeindefunktionären, die in dem am 12. April 1918 in Riga zusammengetretenen Landestag die bauerliche Bevölkerung vertraten, haben 18 die offizielle Erklärung abgegeben, daß sie nicht befugt sind, im Namen des estnischen Volkes zu sprechen, und haben feierliche Verwahrung gegen ein solches Verfahren bei der Entscheidung über das Schicksal ihres Landes eingelegt.

Drittens: Tausende von Bürgern haben in litauischen und südlichen Bezirken von Estland und Litland offenen Einspruch gegen die litauische und litauische Lösung dieser Angelegenheit von Russland erhoben.

Daher kann das von Ew. Excellenz überreichte Schriftstück nur als Willensäußerung eines kleinen Teils der Bevölkerung von Estland und Litland, und zwar höchstens der Oberhäupter der Mitterschaften, angesehen werden.